

In Kürze

GROSSER RAT

Ja zu Krebsregister

Künftig werden auch im Kanton Bern Daten über Tumorerkrankungen und tumorbedingte Todesfälle systematisch erhoben: Der Grosse Rat sprach sich gestern diskussionslos für den Aufbau eines Krebsregisters aus. Dieses verursacht nebst Aufbaukosten von 1,3 Millionen Franken jährlich wiederkehrende Betriebskosten von 1,1 Millionen. Das Register dient auch als Grundlage für das präventive Mammographie-Screening gegen Brustkrebs, das ebenfalls neu eingeführt wird. *fab*

GEMEINDEN

Neu rechnen

Die Berner Gemeinden müssen 2016 ein neues Rechnungsmodell einführen: das «harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2», kurz: HRM2. Dies beschloss der Grosse Rat gestern mit grossem Mehr. Der Kanton führt das neue Modell ebenfalls ein. Alle übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften – von Kirch- bis Bürgergemeinden – müssen bis 2022 nachziehen. Der Grosse Rat lehnte Ausnahmen für «Kleinstkörperschaften» ab. *fab*

FAMILIEN

Unmut bei EVP

Der Grosse Rat hat mehrfach verlangt, die Regierung solle aufzeigen, wie der Kanton Bern arme Familien mit Ergänzungsleistungen unterstützen könnte. Die Regierung will vorerst aber aus finanziellen Gründen darauf verzichten. EVP-Grossrat Daniel Steiner fuhr Sozialdirektor Philippe Perrenoud (SP) deswegen

Philippe Perrenoud
Markus Hubacher

gestern hart an den Karren: Der Regierung fehle Mut und Wille, und sie nehme den Grossen Rat nicht ernst. Perrenoud antwortete nicht, schüttelte aber ausgiebig den Kopf. *fab*

Moment mal

Burgdorf dankt mit Eiern und Bier

Das Lobbying vor dem Entscheid über die Standorte der Fachhochschule war einmalig. Burgdorf und Biel zogen alle PR-Register und scheuten keinen Aufwand. Wer meinte, nach dem grossrätlichen Entscheid zögen sich die Regionalfürsten wieder auf ihre Burgen zurück, der irrt. Die Stadt Burgdorf bedankte sich gestern für die – versprochene – Rettung des Fachhochschulstandorts: Sie lud alle Grossräte zum Eiertütsche ein und schenkte dazu lokales Bier aus.

Allerdings sind die Emmentaler realistisch und wissen, dass die überregionale Liebe zu Burgdorf begrenzt ist: Sie führten das Eiertütsche in Bern und nicht in Burgdorf durch. Sprich: Burgdorf verlangt nicht, dass die Grossratsmitglieder anreisen – es reicht, wenn sie die Studierenden weiterhin nach Burgdorf schicken. *Fabian Schäfer*

GEMEINDEN ZWANGSFUSIONEN

SVP kämpft gegen «zahnlosen Tiger»

Das Bernervolk kann im September darüber abstimmen, ob der Kanton in Ausnahmefällen Gemeinden gegen ihren Willen fusionieren soll. SVP und EDU lehnten die Vorlage gestern im Grossen Rat erneut ab. Der SVP-Gemeindedirektor spricht aber von einer «wohltemperierten» Vorlage.

SVP-Regierungsrat Christoph Neuhaus muss im Herbst gegen die eigene Partei antreten. Er machte gestern vor dem Grossen Rat aber erneut klar, dass er die Vorlage aus Überzeugung mitträgt. Er bezeichnete sie als «moderat» und «wohltemperiert». Aus Sicht seiner Partei sieht sie jedoch Ungeheuerliches vor: Zwangsfusionen von Gemeinden, wenn auch nur in speziellen Ausnahmefällen. Der Grosse Rat hiess die Vorlage gestern in zweiter Lesung klar mit 97 gegen 47 Stimmen gut. Dagegen stimmte neben der SVP nur die EDU.

Viele Kann-Formulierungen

Das Parlament will Zwangsfusionen nur als Ultima Ratio zulassen, wie mehrere Sprecher betonten. Erlaubt wären sie in zwei Fällen:

- Wenn eine Gemeinde nicht mehr in der Lage ist, ihre Aufgaben «dauerhaft selbstständig zu erfüllen», wäre eine Zwangsheirat erlaubt – wobei wohl oft auch die Partnergemeinde(n) zu ihrem Glück gezwungen werden müsste(n). Mit Zwangsfusionen müssen Gemeinden rechnen, die sich dauernd mit Bilanzfehlbeträgen oder langen Vakanzen wichtiger Ämter herumschlagen.
- Zwang wäre künftig auch bei Zwangsfusionen erlaubt: Wenn ein Zusammenschluss von mehr als zwei Orten von der Mehrheit der

Gleiche Partei, andere Meinung: SVP-Regierungsrat Christoph Neuhaus (sitzend) diskutiert mit den Grossräten Andreas Burren (l.) und Fritz Reber. *Andreas Blatter*

Stimmenden und der Gemeinden angenommen wird, könnte der Kanton die widerspenstige Minderheit zwingen, sich ebenfalls der neuen Gemeinde anzuschliessen. Dazu ein frei erfundenes Beispiel: Wenn dermaleinst über den Zusammenschluss der Stadt Bern mit Köniz und Muri abgestimmt würde, könnten die Muriger zur Fusion gezwungen werden, wenn die Mehrheit der Stimmenden sowie die Mehrheit der Stadt Bern und der Gemeinde Köniz zustimmen. In jedem Fall wird der Grosse Rat über eine

Zwangsfusion entscheiden. Das Gesetz sieht durchwegs Kann-Formulierungen vor: Der Grosse Rat könnte im fiktiven Beispiel also durchaus entscheiden, das «Steuerparadies» Muri nicht zur Fusion zu zwingen.

Reicht diese Drohkulisse?

Zudem könnte jedermann das Referendum ergreifen, sobald der Grosse Rat eine Zwangsfusion anordnet; in unserem Beispiel würde in diesem Fall die ganze Kantonsbevölkerung an der Urne über Muris Schicksal befinden.

Die Vorlage umfasst noch einen zweiten Teil, den der Grosse Rat gestern ebenfalls mit klarem Mehr gegen SVP und EDU gut hiess. Wenn sich eine Gemeinde einer Fusion widersetzt oder sich weigert, diese schon nur zu prüfen, müsste sie im Finanzausgleich mit Einbussen rechnen. Der Kanton würde berechnen, ob und wie stark sich seine Zahlungen reduziert hätten, wenn die Fusion gelungen wäre. Falls sie in der Tat bewirkt hätte, dass der Kanton den involvierten Gemeinden weniger Zuschüsse be-

zahlen müsste, kann die Regierung die Überweisungen fortan entsprechend kürzen. Betroffen wären nur sehr finanzschwache oder topografisch «belastete» Ortschaften mit viel Fläche und grossem Strassennetz. Alfred Schneider (EDU, Thierachern) sprach von einem «zahnlosen Tiger», da die Kürzungen harmlos seien. Niemand widersprach. Regierungsrat Neuhaus entgegnete nur, auch ein zahnloser Tiger sei immerhin ein Tiger – zu hoffen sei, dass man ihm nicht allzu gut ins Maul sehe... *Fabian Schäfer*

382 Gemeinden sind zu viel. Der grosse Kanton Bern ist nach wie vor viel zu kleinkariert strukturiert. Zum grossen Teil sind die Gemeinden in geradezu winzige Schrebergärtchen eingesperrt, die mit den heutigen Lebensräumen der modernen, mobilen Bevölkerung nichts mehr zu tun haben. Ihre Grenzen sind längst überholt. Sie stehen einer koordinierten Entwicklung des Bernbiets im Wege.

Eingezwängt in dieses Korsett, haben viele Gemeinden weder die Kraft noch die Mittel, noch die Grösse, ihren Einwohnern alle Dienstleistungen selbstständig effizient und gut anzubieten. Das soll keine Beleidigung kleiner Verwaltungen sein, auf denen gewiss viel und gut gearbeitet wird. Doch selbst in Kreisen, die der dritten staatlichen Ebene wohlgesinnt sind, gibt man hinter vorgehaltener Hand zu, dass ein grosser Teil der Gemeinden schlicht zu klein ist, um wirklich leistungsfähig zu sein.

BZ Kommentar

Redaktor Fabian Schäfer
zu Gemeindefusionen

Im besten Fall ein Zeichen – mehr nicht

weitaus grösste Institution mit 875 Stellen –, das Psychiatriezentrum Münsingen (PZM) sowie die Psychiatrischen Dienste Biel-Seealand-Berner Jura nach wie vor Teile der Kantonsverwaltung, konkret der Gesundheitsdirektion.

Das soll sich nun ändern: Die öffentlichen Psychiatrien sollen nicht mehr als Ämter funktionieren, sondern ausgelagert werden, wie die Spitäler als Aktiengesellschaften verselbstständigt werden. Das Hauptziel besteht darin, den Handlungsspielraum der

Die viel gepriesene Autonomie dieser Gemeinden ist nicht mehr halb so viel wert, wie die SVP in ihrem Abwehrkampf gegen Zwangsfusionen glauben macht. Einerseits müssen viele Orte für Aufgaben von erstrangiger Bedeutung – die Schule etwa – Kooperationen mit Nachbargemeinden eingehen, was stets zu einem Verlust an direkter Demokratie führt. Doch das stört die SVP offenbar weniger. Andererseits haben nur wenige bernische Gemeinden die Kraft und das Know-how, um dem Kanton wenn nötig die Stirn zu bieten und sich etwa gegen weitere Zentralisierungen zu wehren. Solange sie das nicht ändern, dürfen sie sich nicht beklagen, wenn sie zu Vollzugsagenturen des Kantons verkommen.

Und es erstaunt auch nicht, dass viele Gemeinden Mühe haben, alle Behörden zu besetzen – ganz abgesehen davon, dass politische Ämter in grösseren Gemeinden nicht nur interessanter sind, sondern auch anständig entlohnt werden können.

So weit das Loblied auf Gemeindefusionen, deren Nutzen heute auch in SVP-Kreisen anerkannt wird. Im Raum steht nun aber die Frage, ob der Grosse Rat Gemeinden in besonderen Fällen gegen ihren Willen fusionieren soll. Das tönt zwar hart, doch die konkrete Vorlage ist recht harmlos. Die Prognose sei gewagt: Sie wird nur in ganz seltenen Fällen wirklich zur Anwendung kommen. Im besten Fall setzt das Volk – falls es denn zustimmt – ein Zeichen und animiert ein paar Gemeinden zu Fusionen. Insgesamt aber muss man sich fragen, was die Übung bringt. Vielleicht wäre es effizienter gewesen, den Gemeinden ganz einfach vorzuschreiben, Fusionsabstimmungen künftig an der Urne statt an der Gemeindeversammlung durchzuführen. Das hätte es den gut organisierten Verhinderern erschwert, kluge Fusionen mit ein paar Schlagworten rund um Gemeindefusionen und Wappen zu unterbinden.

fabian.schaefer@bernerzeitung.ch

Der Grosse Rat will die Psychiatrie rasch auslagern

AUSLAGERUNG Immer noch sind die drei kantonalen psychiatrischen Institutionen Teil der Kantonsverwaltung. Das soll sich ändern. Der Grosse Rat hält den Druck aufrecht.

Was bei den Spitälern 2006 stattgefunden hat, bahnt sich nun – langsam, aber sicher – auch bei der Psychiatrie an: die Auslagerung aus der Verwaltung in selbstständige Einheiten, die jedoch im Besitz des Kantons bleiben. Heute sind die Universitären Psychiatrischen Dienste Bern (UPD) – die

Institutionen zu erhöhen. Der Grosse Rat hielt gestern mit deutlicher Mehrheit an dieser Marschrichtung fest. Dabei handelte es sich erst um einen Grundsatzbeschluss. Der Regierungsrat muss nun eine Vorlage ausarbeiten.

Kaum prinzipielle Opposition

Auf grundsätzliche Ablehnung stiess die Verselbstständigung nur bei einzelnen Personalvertretern, die eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen fürchten. Ansonsten sprachen sich auch Regierung und SP für die Ausla-

gerung aus. Der Regierungsrat wollte diese aber aufschieben, da sie aus seiner Sicht mit hohen Kosten von bis zu 330 Millionen Franken verbunden ist. Das liegt primär daran, dass die Liegenschaften im Idealfall ins Eigentum der Psychiatrien übergehen sollen, was beim Kanton Buchverluste bewirkt.

Regierung und SP wollten gestern einen Beschluss des Grossen Rats verhindern und das Geschäft wieder in die Gesundheitsdirektion zurückgeben. Dies verhinderte die bürgerliche Mehrheit

mit 86 gegen 50 Stimmen. BDP-Fraktionschef Dieter Widmer (Wanzwil) warf Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud (SP) Verzögerungstaktik vor. Immerhin wurde der entsprechende Vorstoss 2006 eingereicht. Perrenoud wies dies zurück. Ihn störte, dass der Grosse Rat gestern bereits erste Grundzüge der Auslagerung definierte. So sollen die Psychiatrien zwingend als AG und nicht in anderer Form, als Stiftung etwa, ausgelagert werden. Zudem sollen UPD und PZM fusioniert werden. *fab*